



Sonderausgabe zur Wahlwiederholung

Liebe Mitbürger, Freunde und Nachbarn,

mein Name ist Gunnar Lindemann und ich bin seit 2016 Ihr direkt gewählter Abgeordneter für den Wahlkreis Marzahn-Nord im Abgeordnetenhaus von Berlin. Anders als meine Mitbewerber der anderen Parteien wohne und lebe ich seit über zehn Jahren in Marzahn-Nord und habe daher den direkten Draht zu Ihnen, meinen Nachbarn und Wählern. Ich kenne meinen Wahlkreis und Viele von Ihnen kennen mich persönlich.

In den letzten sechs Jahren habe ich den Problemen und Bedürfnissen der Marzahner im Abgeordnetenhaus eine Stimme gegeben. Über 400 Anfragen habe ich seither an den Senat gestellt, auch um damit Missstände in unserem Wohnumfeld aufzudecken und politisch zu thematisieren. Weiterhin habe ich mit meiner Fraktion über 40 von mir initiierte Anträge ins Abgeordnetenhaus eingebracht. Viele davon hatten das Ziel, das Leben von uns Marzahnern konkret zu verbessern.

Ich bin kein „Berufspolitiker“ und gehöre nicht einer abgehobenen selbsternannten Elite an, wie zum Beispiel mein linker Mitbewerber, der seit mittlerweile 22 Jahren in der Marzahn-Hellersdorfer Bezirksverordnetenversammlung hockt und Ihnen gegenwärtig weismachen will, er sei das Allheilmittel für die vielen Probleme in Marzahn.

(Fortsetzung auf Seite 2)



Seite 3:



Seite 4:



Seite 7:



(Fortsetzung von Seite 1)

Vielmehr habe ich bis vor sechs Jahren mit beiden Beinen fest im Berufsleben gestanden, bis Marzahn-Nord mich in das Berliner Landesparlament wählte.

Gegenwärtig vertrete ich Sie in dem Ausschuss für Integration, Arbeit und Soziales, sowie in den Ausschüssen für Sport und Mobilität. Weiterhin bin ich der fachpolitische Sprecher für Migration und Remigration der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus.

Trotz meiner Rolle als Abgeordneter der parlamentarischen Opposition konnte ich in den vergangenen Jahren einiges für Berlin im Allgemeinen und für Marzahn im Besonderen erreichen.

So wurde beispielsweise die Jugendverkehrsschule in Marzahn auf mein Betreiben hin wiedereröffnet und diverse Verbesserungen im BVG-Busverkehr erreicht. Der Radweg zwischen Wuhletalstr. und Barnimplatz wurde auf meine Initiative hin verbreitert und saniert. Teile des von mir mitverfassten Verkehrskonzeptes für Berlin wurden und werden mittlerweile vom Senat umgesetzt. Auch die Wiedereinführung der Bargeldzahlung in Bussen der BVG geht auf eine Initiative von mir und meiner Fraktion zurück.

Ich habe noch viel vor. Auch weiterhin möchte ich Ihnen und unserem Bezirk eine starke Stimme im Berliner Landesparlament geben. Themen wie

der öffentliche Personennahverkehr, ausreichend Parkplätze, bezahlbare Mieten und Lebenshaltungskosten, die Begrenzung der Migrantenfut in unseren Bezirk und die damit zusammenhängenden Probleme wie Überfremdung und Wohnungsnot sind meine zentralen Anliegen.

Ich bitte Sie um Ihre Stimme für eine bessere Politik in Marzahn und Berlin.

Ihr
Gunnar
Lindemann



Wir wollen, dass Sie parken können!

Seit Monaten setzt die AfD sich auf Landes- und Bezirksebene dafür ein, dass die zunehmende Parkraumnot in Marzahn-Nord beendet wird. Im Bereich der Trusetaler Straße wurden 579 neue Wohnungen geschaffen, ohne die dafür erforderlichen Parkplätze zur Verfügung zu stellen. Ein Antrag der bezirklichen AfD-Fraktion, hier zusätzlichen Parkraum zu schaffen, wurde von den LINKEN, der SPD und den Grünen abgelehnt. Aber auch CDU und FDP haben unseren Antrag nicht unterstützt.

Wenigstens ist es dem linken Direktkandidaten Björn Tielebein gelungen, im Herbst letzten Jahres im betroffe-

nen Wohngebiet zu einem „Bürgerdialog“ mit Würstchen und Kaltgetränk einzuladen, um mit den Anwohnern über „Probleme zu diskutieren“. Dass er kurz zuvor den Antrag nach mehr Parkplätzen im Verkehrsausschuss abgelehnt hatte, wird er sicherlich verschwiegen haben. Aber Hauptsache, das Würstchen hat geschmeckt.

Mittlerweile bahnt sich eine ähnliche Verschärfung der Parkplatzsituation im Bereich Rabensteiner Straße an. Dort sollen auf einer Parkfläche 145 neue Wohnungen entstehen und auch hier wird nicht für ausreichend Parkraum gesorgt sein. Die LINKE, die



SPD und die Grünen machen überhaupt keinen Hehl mehr daraus, dass sie den Parkraum in ganz Berlin „deutlich reduzieren“ wollen, wie man erst kürzlich wieder in der Hauptstadtpresse lesen konnte. Sie glauben dadurch, die Bürger zur Abschaffung ihres Autos und zum Umstieg auf den ÖPNV zwingen zu können.

Die AfD steht für eine gleichberechtigte, ideologiefreie und selbstbestimmte Verkehrspolitik. Wir lehnen jegliche Bevormundung der Bürger ab. Wer Auto fahren möchte, oder gar muss, soll es tun. Und demjenigen ist dann auch Parkraum zur Verfügung stellen. Denken Sie daran, wenn Sie sich auf dem Weg zur Wahlurne machen: Nur die AfD will, dass Sie parken können.



Energieknappheit? Schuld der Altparteien!

Steigende Preise bei Gas und Strom, Benzin und Diesel: Man redet uns ein, wir müssen für alles mehr zahlen, weil Russland Krieg führt. Doch stimmt das so pauschal? Nein. Die Preisentwicklung ist hausgemacht, die Probleme sind hausgemacht! Die Altparteien sind verantwortlich für die Preis-Eskalationen. Sie haben durch politische Entscheidungen diese Krise in Berlin und Deutschland verursacht. Und sie verschlimmern die Lage durch immer neue Fehler weiter. **Sie müssen abgewählt werden.**



Erstes Beispiel, die Energiewende: Ob CDU oder SPD, Grüne oder Linke: Sie alle setzen auf „Erneuerbare“, sie alle wollen den Kohleausstieg. Sie alle sind für den Ausstieg aus der sauberen und sicheren Kernkraft. Die Altparteien haben unsere Sicherheit im Energiesektor geopfert. Sie haben ignoriert, dass die Sonne nicht immer scheint und Wind nicht immer weht. **Die Altparteien sind damit verantwortlich für das gescheiterte Experiment namens „Energiewende“!**

Zweites Beispiel, Sanktionen gegen Russland. Sie haben nicht im Februar 2022 begonnen, als Russland die Ukraine angriff. Die ersten Sanktionen sind acht Jahre alt! 2022 wurde alles

noch mal bedeutend verschärft. Deutschland hat sich selbst ins Bein geschossen, seine Wirtschaft vom russischen Markt abgeschnitten und eine Gas-Knappheit provoziert. **Putin bleibt trotz Sanktionen „im Amt“, aber unsere Bürger müssen bald „aufs Amt“!** Zum Beispiel, um Hilfen zu beantragen, weil sie ihre Strom- oder Gasrechnung nicht begleichen können. Auch das ist die Schuld der Altparteien!

Beide Themen – Energiewende und Sanktionspolitik – sind gemeinsame Themen aller (!) Altparteien. Nur die Alternative für Deutschland tritt mit vernünftigen und realistischen Standpunkten auf: Die AfD ist gegen die ideologisch motivierte Energiewende und die AfD ist gegen eine Sanktionspolitik, die uns selbst schadet. Die AfD ist zudem der Auffassung, dass die „Entlastungspakete“ von Bund und Ländern nicht an die Wurzel der Probleme gehen. **Die Altparteien nehmen den Bürgern das Brot und geben ihnen Krümel zurück.** Und dafür erwarten sie Dankbarkeit! Das ist eine

Verhöhnung des gesunden Menschenverstands.

Ein Beispiel hierfür ist das Berliner „Netzwerk der Wärme“. Es ist Teil des 1,6 Milliarden Euro teuren Entlastungspaketes bei uns in der Hauptstadt. Es geht beispielsweise um Hilfe für all jene, die durch die Preissteigerungen in Not geraten. Doch so löst man die selbstgeschaffenen Probleme nicht.



Dieses „Netzwerk der Wärme“ wäre gar nicht nötig, wenn es keine Außenpolitik der Kälte und keine fatale Energiewende geben würde! Anders gesagt: Diese Krise müsste man nicht mit Entlastungspaketten entschärfen, wenn die Politik die Krise nicht selbst ständig verschärfen würde!

Für uns als AfD ist klar: Wir müssen die Politik in der Hauptstadt wieder an den Interessen unserer Bürger ausrichten. Nicht an den Interessen anderer. **Unser Land zuerst, Berlin zuerst! Energieknappheit? Fehler der Altparteien!**



Wohnungsnot und explodierende Mieten - Die Verursacher stehen links!



Im Dezember 2021 hatten knapp 969.000 Haushalte in Berlin einen Wohnberechtigungsschein (WBS) und damit Anspruch auf eine Sozialwohnung. Jedoch gab es im gleichen Zeitraum nur rund 88.900 Sozialwohnungen.

Die Seilschaften der linken Parteien haben den Berlinern bei der letzten Wahl einen Volksentscheid vorgelegt, nach dem sie als Allheilmittel für ihre desaströse Wohnungspolitik „Deutsche Wohnen und Co“ enteignen wollten. Der Volksentscheid wurde vom Wähler angenommen, jedoch bis heute von den Linken, der SPD und den Grünen nicht umgesetzt!

Die AfD war stets gegen diesen Volksentscheid (die Gründe lesen Sie weiter unten) jedoch hat sie den linksgrünen Senat in einem Antrag vom 14.12.2021 (Drucksache 19/0064) dazu aufgefordert, den Volksentscheid umzusetzen. Warum? Ganz einfach, weil der Wähler entschieden hat – und in unserer Demokratie der Wählerwille zu respektieren ist. LINKE, SPD und Grüne denken jedoch gar nicht daran. Unser Antrag wurde von ihnen abgelehnt – und der Volksentscheid

schlummert noch immer in irgendeiner Kiste auf dem linken Dachboden. Insofern ist es geradezu absurd, wenn die Bürgerinitiative „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ heute in Flyern dazu aufruft, die AfD oder einzelne AfD-Kandidaten nicht zu wählen. Nach den Gesetzen der Logik müsste sie genau das Gegenteil tun, denn nur die AfD hat sich bisher für die Umsetzung des Volksentscheides eingesetzt. Ganz unabhängig davon, wird eine



Enteignung von Immobilienkonzernen nicht eine einzige neue Wohnung schaffen. Wohnungsnot beseitigt man nur mit Wohnungsbau. Und wenn es ausreichend Wohnungen gibt, steigen auch die Mietpreise nicht ins Unermessliche.

Anstatt Immobilienkonzerne enteignen zu wollen, hätte man sie auch einfach kaufen können. Das wäre natürlich weniger öffentlichkeitswirksam gewesen und hätte nicht dem sozialistischen Duktus der „Enteignung“ entsprochen. Eine Enteignung wird auch deswegen nicht zu niedrigeren Mieten führen, weil „Deutsche Wohnen“ dem Quadratmeter Wohnfläche seinerzeit für 500 € kaufte und heute für rund 2500

€/m² „enteignet“ würde. Alleine der Zinsdienst von rund 9 € pro Monat und m² wäre höher, als die bisherige Miete.

Durch gegenwärtig rund 20.000 ausreisepflichtige Asylbewerber, die sich noch immer in Berlin aufhalten und von SPD, LINKE und Grünen vorsätzlich nicht abgeschoben werden, wird die Wohnraumsituation zusätzlich verschärft.

Die von der rot-grün-roten Regierungskoalition durchgesetzten Landesaufnahmeprogramme für Syrer und Afghanen, sowie die unzähligen illegalen Migranten und die zusätzlichen Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine tragen ebenfalls nicht zu einer Entschärfung des Wohnraummangels bei.

Die AfD steht für die Neuschaffung von Wohnraum und für eine Stärkung der Wohnungsgenossenschaften. Alleine das Bauen von Wohnungen wird Wohnraum schaffen und Mietpreise stabil und bezahlbar halten. Fallen Sie nicht auf sozialistische Sprüche herein. Sie haben, wie immer, mit der Lebenswirklichkeit nichts zu tun.



Impressum:

AfD
Alternative für Deutschland
Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf
Kurfürstenstraße 79
10787 Berlin

Telefon: +49 (0) 30 220 56 96 22
Handy: +49 (0) 157 864 22 444
Email: email-mahe@afd.berlin
V.i.d.S.P.: Gunnar Lindemann

Quellennachweise: eigene, pixabay



Migration nach Berlin höher als 2015!



Die aktuellen Zahlen über die Migrationsbewegungen in unsere Stadt lassen die letzten Zweifel schwinden: Der rot-grün-rote Senat hat jedes Maß verloren und jegliches Verantwortungsbewusstsein gegenüber dem Berliner Steuerzahler und den Migranten über Bord geworfen.

Von Januar bis November 2022 haben insgesamt 16.175 Person in Berlin Asylanträge gestellt. Die größte Gruppe der „Schutzsuchenden“ stellen Staatsbürger der Republik Moldau dar (3.324), gefolgt von Syrern (2.463), Afghanen (2.132), Georgiern (2.086) und, man lese und staune: Türken (1.833). Die nicht geringe Zahl von Personen mit „ungeklärter Staatsbürgerschaft“, also denjenigen, die ihren Pass mutmaßlich verloren haben und sich an ihre Herkunft leider nicht erinnern können, liegt bei 1.726 Antragstellern. Hinzu kommen 53.399 ukrainische Kriegsflüchtlinge.

Die Unterkünfte in Berlin sind schon lange überfüllt. Anstatt sich an objektive Gegebenheiten zu halten, stampft der Senat in einer Art

„Aufnahmeexzess“ weitere Unterkünfte aus dem Boden, die allerdings zum großen Teil menschenunwürdig sind und den tatsächlich „Schutzsuchenden“ kaum eine Privatsphäre oder eine angemessene Unterbringung gewährleisten können. Beispielhaft seien hier die Zelte auf dem ehemaligen Flughafen Tegel, das ICC oder ein Hangar auf dem ehemaligen Flughafen Tempelhof genannt.

Auch über die Kosten der Unterbringung lässt der rot-grün-rote Senat den Steuerzahler vorsätzlich im Unklaren. Meine diesbezügliche Anfrage allein wegen der Kosten in der Unterkunft Wittenberger Straße in Marzahn-Nord wurde als „Verschlussache“ eingestuft. Ich darf Ihnen also nicht sagen, wieviel Millionen Euro Ihrer Steuergelder in der Wittenberger Straße Jahr für Jahr versenkt werden.

Um den Wahnsinn komplett zu machen, weigert der Senat sich beharrlich, abgelehnte Asylbewerber abzuschicken. Im Jahr 2022 wurden nur 897 Personen in ihre Heimat zurückgebracht. Gleichzeitig halten sich gegenwärtig 18.399 Personen in Berlin auf, die umgehend abgeschoben werden müssten.

Mit einem Ende dieses Irrsinns ist unter diesem Senat nicht zu rechnen. Gegenwärtig werden acht neue Objekte mit insgesamt 1.800 Plätzen vom

Senat geplant. Zusätzlich sollen auf Parkflächen in Tempelhof und in einem weiteren Flughafengebäude in Tegel weitere Plätze geschaffen werden. Auch die Hotelunterbringung wird gegenwärtig geprüft.

Die AfD will diesen allumfassenden Wahnsinn beenden. Rot-Grün-Rot überfordert unsere Stadt und unsere steuerzahlenden Mitbürger in nie dagewesener Weise. Gleichzeitig kann der Senat eine menschenwürdige Unterbringung und eine Lebensperspektive für die Migranten nicht gewährleisten.

Wir fordern die sofortige Abschiebung aller abgelehnten Asylbewerber, die Streichung aller Landesaufnahmeprogramme und einen sofortigen Aufnahmestopp für Berlin. Anderenfalls wird der rot-grün-rote Aufnahmewahn in nicht allzu ferner Zukunft zu schweren gesellschaftlichen und finanziellen Verwerfungen führen.



S-Bahnhof Ahrensfelde - Der "ewige" Sanierungsfall

Zuletzt am 21.06.2022 hatte der Abgeordnete Gunnar Lindemann mit seiner Fraktion einen Antrag im Berliner Abgeordnetenhaus eingebracht, wonach der S-Bhf. Ahrensfelde endlich saniert werden soll. (Drucksache 19/0422) Der Antrag wurde von den Linken und der SPD abgelehnt. Von den anderen



Parteien übrigens auch!

Es ist insoweit völlig egal, ob die LINKE und die SPD in jedem Wahlkampf Plakate aufhängen, auf denen steht, dass sie den Bahnhof angeblich sanieren wollen. Die Realität ist eine andere. Sie wollen nichts weiter, als Sie,

(Fortsetzung auf Seite 6)



(Fortsetzung von Seite 5)

die Marzahner Wähler, mit den immer gleichen Sprüchen hinter's Licht zu führen. Wäre es anders, könnte der Bahnhof schon längst fertig sein, schließlich sitzen die Linken und die SPD seit 2016 gemeinsam im Senat.

Lassen Sie sich nicht täuschen: Nur die AfD kümmert sich ernsthaft um



die Probleme in unserem Kiez. Wir wollen nachweislich als einzige Partei, dass der S-Bahnhof Ahrensfelde endlich saniert wird. Deswegen hängen wir auch keine diesbezüglichen Plakate mit dumpfen Wahlkampfsprüchen mehr auf – sondern setzen uns lieber politisch für eine Sanierung ein.

Linke Schaumschlägerei in Sachen Ortsumfahrung Ahrensfelde

Der Direktkandidat der LINKE in Marzahn-Nord, Björn Tielebein, lief monatelang in der Gegend herum und verkündete, er wäre angeblich gegen die geplante sogenannte „Troglösung“ bei der Ortsumfahrung Ahrensfelde. Dass seine Partei diese Lösung als Teil der Regierungskoalition mitbeschlos-



sen hatte, wurde von ihm vorsichtshalber nicht erwähnt. Mehr noch: Er versprach den Marzahnern, sich für „Bürgerbeiräte“ in Sachen Ortsumfahrung einzusetzen, obwohl der Senat, dessen Teil seine Partei ist, gleichzeitig schriftlich einräumte, dass derartige Beiräte weder geplant, noch erwünscht seien. Niemand kann ernsthaft glauben, dass Herr Tielebein nicht gewusst haben will, was seine Partei auf Landesebene beschlossen hat. Es bleibt das Fazit: Die Linkspartei veralbert die Marzahner Anwohner auch in dieser Angelegenheit und hofft darauf, dass diese nicht realisieren, welches falsche Spiel mit ihnen getrieben wird. Am Ende bleibt die Erkenntnis, dass

nur die AfD sich für eine bürgerfreundliche Lösung in Sachen Ortsumfahrung eingesetzt hat und auch weiterhin einsetzen wird. Alles andere ist nichts als das Verbreiten roter Märchen, verbunden mit ein wenig Schaumschlägerei.



Die Marzahn-Hellersdorfer Bürgerämter – eine Dauerkatastrophe!

Nachdem die SPD Marzahn-Hellersdorf bis 2021 nicht müde wurde, dem ehemaligen AfD-Stadtrat Braun permanent vorzuwerfen, dass Termine bei den bezirklichen Bürgerämtern nur schwer zu bekommen seien, hatte Herr Braun kurz vor seinem Ausscheiden noch 12 zusätzliche Stellen vom Bezirksamt bewilligt bekommen, nachdem er dies jahrelang gefordert hatte und es ihm immer wieder im Rahmen der Haushaltsverhandlungen verweigert wurde. Seit der Wahl vom



(Fortsetzung auf Seite 7)



(Fortsetzung von Seite 6)

26.09.2021 ist der Bezirksbürgermeister Gordon Lemm (SPD) nun für die Bürgerämter zuständig. Was hat sich seitdem geändert? Nichts. Im Gegenteil, Herr Lemm hat nun einfach das Bürgeramt Helle Mitte wegen der anstehenden Wahlwiederholung geschlossen und teilte den Marzahn-Hellersdorfern nach Art eines Feudalherrschers mit, „Der Mangel an Bürgeramtsterminen müsse hingenommen werden!“

Herr Lemm und seine SPD schweigen dazu beharrlich. Es bleibt die Erkenntnis, dass es der SPD und ihrem Marzahner Spitzenkandidaten Lemm nie um gute Politik für die Bürger ging, sondern nur um billigen Populismus gegen

den politischen Gegner. Denken Sie daran, wenn Sie Ihre Wahlentscheidung treffen: Der Einzige, der seit 2016 etwas für die Verbesserung der Situation in den Bürgerämtern

getan hat, war ein Stadtrat der AfD. Und so könnte es auch weiterhin sein, bzw. wieder werden, wenn die Bürger in Marzahn-Hellersdorf dies wollen. Es liegt an Ihnen. Der Wähler ist der Souverän!



Rot-Grün-Rot und das Ausländerwahlrecht

Wahlrecht für alle, Sozialstaat für alle! Das ist Berliner Regierungs-Politik. SPD, Grüne und Linkspartei wollen, dass alle Ausländer in Berlin künftig wählen dürfen. Bisher dürfen Ausländer aus Ländern der Europäischen Union (EU) lediglich kommunal wählen, Nicht-EU-Ausländer gar nicht.

Rot-Rot-Grün möchte das alles grundlegend ändern: Denn 20 Prozent aller Ausländer aus Berlin, darunter insbesondere Araber und Afrikaner, dürfen zurzeit gar nicht wählen. In Neukölln und Friedrichshain-Kreuzberg sind es bis zu 40 Prozent.

„Diese Diskriminierung muss einfach aufhören“, sagen Linkspolitiker. Wir als AfD sagen: Das ist keine Diskriminierung, sondern eine sachbezogene logische Sache: Über die Politik in diesem Land und in

dieser Stadt hat der Souverän zu entscheiden. Und dieser Souverän ist gemäß Grundgesetz das deutsche Volk!

Das ist seit jeher bundesdeutsches Recht. Als Grundgesetz-Partei halten wir an der „Ewigkeitsklausel“ fest: Art. 79 Abs. 3 unserer Verfassung gibt nämlich eine Bestandsgarantie für verfassungspolitische Grundsatzentscheidungen. Das heißt konkret:

Das deutsche Volk als Souverän unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist unantastbar!

Aber Rot, Rot und Grün in Berlin denken sich wohl, sie könnten das Staatsvolk beliebig erweitern. Das ist rechtswidrig. Ein gewisser Bertolt Brecht dichtete einst: „Wäre es da // Nicht doch einfacher, die Regierung // Löste das Volk auf und // Wählte ein anderes?“



Glaubt etwa die Berliner Noch-Regierung, sie könnte das jetzt tun? Suchen sich die regierenden Parteien etwa ein neues Wahlvolk, ihnen loyal und wohlgesonnen? Hunderttausende Neuwähler auf einen Schlag für die linken Parteien?

Wir als AfD meinen: Dieses Vorhaben ist aus juristischen Gründen abzulehnen. Aber dieses Vorhaben ist auch aus politischen Gründen abzulehnen.

Denn das Ausländerwahlrecht wird begleitet durch Vorstöße zum „Bürgergeld“. Hier schaut es so aus: Der Anteil der Ausländer an den Hartz-IV-Beziehern hat sich seit 2016 von 25 auf 45 Prozent erhöht. **Damit hat sich die Quote ausländischer Sozialleistungsempfänger innerhalb weniger Jahre nahezu verdoppelt!**

Der Angriff auf das Wahlrecht wird also begleitet vom Angriff auf den Sozialstaat! Wir als AfD meinen: Statt das Wahl- und Sozialsystem zu schützen, will die Berliner Regierung durch Geschenke an Ausländer immer weitere Migranten anziehen. René Springer, AfD-Bundestagsabgeordneter, sagt dazu: „**Im Ergebnis werden die deutschen Steuerzahler bald nur noch für Ausländer in den Sozialsystemen arbeiten.**“

Und 700.000 Ausländer in Berlin sollen dann künftig darüber abstimmen, ob es genau so weitergeht? Man sieht deutlich, dass es Rot-Rot-Grün um ewige Machtsicherung und ideologisch motivierte Experimente geht. **Nur eine starke AfD kann diesen Dammbreach verhindern!**



JETZT

GUNNAR WÄHLEN!

*Marzahn
wählt Gunnar!*

GUNNAR LINDEMANN

Alternative
für
Deutschland